

**FDP**  
Die Liberalen



# BASELBIETER FREISINN

Baselland	2/3/4/5	Page romande	8	Mobilisierung	16	Heiratsstrafe	22
Bericht der DV in Amriswil	6/7	Liberaler Resolutionen	9/10/11	Unter Freisinnigen	20	FDP International	23

4. Jahrgang / Erscheint viermal jährlich / Offizielles Organ der FDP. Die Liberalen Baselland

## Inhalt

### Mobilisierung

Bereits seit den letzten Wahlen ist für die FDP klar, wo wir im Herbst 2015 ansetzen müssen, um am 18. Oktober zu den Siegern zu gehören: A und O ist unsere interne Mobilisierung. Nur wenn es uns gelingt, unsere Mitglieder und Sympathisantinnen und Sympathisanten an die Urne zu bekommen, werden wir unser Ziel erreichen können. Helfen Sie uns dabei.

Seite 16

### Drei Werte: Fortschritt

Fortschritt ist das Resultat eines erfolgreichen Zusammenspiels von Bildung, Infrastruktur und Unternehmertum. Die FDP setzt sich ein für hervorragende Rahmen- und Förderbedingungen für jeden einzelnen dieser Aspekte. Sichern wir die Position der Schweiz an der Weltspitze der wettbewerbsfähigsten Staaten.

Seiten 18 und 19

### Heiratsstrafe

Die FDP lehnt die CVP-Volksinitiative «Für Ehe und Familie – gegen die Heiratsstrafe» ab. Für uns ist entscheidend, dass durch das Steuersystem nicht einzelne Lebensformen bevorzugt werden. Die Initiative will hingegen alternative Besteuerungsformen verhindern.

Seite 22

## Es liegt nun an uns!

### Geschätzte Freisinnige Sehr geehrte Damen und Herren

Im Baselbiet wird landauf und landab über die von der Regierung vorgeschlagenen Sparmassnahmen diskutiert. Das ist gut so, denn es besteht dringender Handlungsbedarf. Das strukturelle Defizit in der Erfolgsrechnung des Kantons Basel-Landschaft beträgt 113 Mio. Franken. Werden die Investitionen hinzugerechnet und ein Selbstfinanzierungsgrad von 100 Prozent als Zielgrösse angestrebt, beträgt die Lücke 188 Mio. Franken.

Um dieses strukturelle Defizit im Finanzhaushalt nachhaltig zu beseitigen, hat der Regierungsrat an einer Medienkonferenz langfristige Massnahmen vorgestellt mit dem Ziel, bis ins Jahr 2019 eine finanzielle Entlastung von 188 Mio. Franken zu bewirken. Dabei wurde signalisiert, dass eine Steuererhöhung keine Option ist. Stattdessen wurden sage und schreibe 132 einzelne Massnahmen ins Auge gefasst. Diese betreffen alle Bereiche und umfassen Optimierungen und Synergiegewinne bei der Erbringung öffentlicher Leistungen, zielgerichtete Beiträge, die Aufhebung einzelner Leistungsaufträge, verwaltungsinterne Effizienzsteigerungen sowie die Ausschöpfung von bisher nicht genutztem Ertragspotenzial. Parallel zum Leistungsabbau erfolgt in der kantonalen Verwaltung mittelfristig

ein Stellenabbau mit dem Ziel einer Reduktion des Personalaufwandes um zehn Prozent. Zudem werden die Löhne ab 2016 um ein Prozent gesenkt.

Mit einer gemeinsamen Medienmitteilung haben die drei bürgerlichen Partner, CVP, FDP und SVP, das Vorgehen im Grundsatz unterstützt, die Ausgaben des Kantons rasch und nachhaltig in den Griff zu bekommen. Wir behalten uns aber vor – im Rahmen der Kompetenz des Landrates –, die Einzelmassnahmen differenziert zu betrachten und eine eigenständige, freisinnige Haltung einzunehmen. Einzelne Massnahmen erfordern die Zustimmung des Volkes und teilweise von externen Partnern. Auch da werden wir unsere Haltung in den entsprechenden Gremien in gewohnt freisinniger Manier eingehend diskutieren und kritisch unter die Lupe nehmen.

Die gemeinsame Medienmitteilung darf als Zeichen interpretiert werden, dass wir – trotz den medialen Unkenrufen – unsere Ankündigung der Zusammenarbeit im Landrat nun in die Tat umsetzen. Etliche bilaterale Gespräche mit verschiedenen Parteipartnern der drei Parteien helfen denn auch, die gemeinsame Schnittmenge zu finden und geeint aufzutreten. Nichtsdestotrotz lassen wir uns gegenseitig den Spielraum offen, auch eigenständige Wege zu gehen. Wichtig dabei ist aber eine funktionierende Kommunikation, denn die Basis jeder Zu-



sammenarbeit ist das gegenseitige Vertrauen.

Ich bin überzeugt, dass die Bevölkerung diese Zusammenarbeit sehr schätzt. Wenn wir es zu dritt schaffen, in den nächsten Wochen und Monaten gemeinsame, konstruktive Lösungen zu finden, wird sich dies positiv auf den Ständerats-Wahlkampf auswirken und unserem gemeinsamen Kandidaten, Christoph Buser, viele Stimmen bringen. Aber auch unsere Liste 1, angeführt von unserer Nationalrätin Daniela Schneeberger, wird davon profitieren. Wir streben einen zweiten FDP-Sitz an, und nach den neusten Hochrechnungen liegt dieser sogar in greifbarer Nähe.

Es liegt nun an uns allen, im persönlichen und geschäftlichen Umfeld Menschen für unsere Werte und unsere politische Arbeit zu begeistern. Ich zähle auf Sie!

**Herzliche Grüsse**  
**Christine Frey, Präsidentin**



Daniela Schneeberger



Christoph Buser



Andreas Dürr



Christine Frey

### Nationalrats-Wahlkampf

# Mit neuem Selbstverständnis und Selbstbewusstsein für eine liberale Schweiz kämpfen

Der Erfolg bei den kantonalen Wahlen beflügelt die FDP Baselland für die National- und Ständeratswahlen im Herbst. Das ehrgeizige Ziel: zwei Sitze im Nationalrat und der Ständeratssitz. Und die Chancen stehen gut. Eine neue Generation tritt mit einem neuen Selbstverständnis und einem gesunden Selbstbewusstsein an.

In der FDP herrscht Aufbruchstimmung. Das beweisen nicht nur die Wahlsiege in allen letzten kantonalen Wahlen. Neue Gesichter prägen die Partei und ihre Inhalte. Selbstbewusst und angriffslustig kämpfen sie gegen die schleichende Bürokratisierung unseres Landes und für eine selbstverantwortliche, offene und unternehmerische Zukunft der Schweiz.

Und wir sind auf einem guten Weg: nach Jahren, in denen die rechten und linken Pol-Parteien die Debatte mit populistischen Schlagwörtern prägten, haben die Wählerinnen und Wähler verstanden, dass Parolen keine Lösungen bringen. In einer kürzlich publizierten Umfrage wird der FDP zum ersten Mal seit langer Zeit eindeutig mehr Kompetenz zugetraut, wenn es um das delikate und für die Schweizer Wirtschaft matchentscheidende Verhältnis zur EU geht, als etwa der SVP. Was Chefstrategie Christoph

Blocher so alarmierte, dass er gleich seine «Manne und Froue» aufrief, sich stärker im Wahlkampf zu engagieren.

Dazu müssen wir unsere Parteimitglieder nicht auffordern. Sie sind so motiviert wie schon lange nicht mehr. So hat sich die FDP Baselland das Ziel gesteckt, zwei Nationalratssitze und

**«Jeder zusätzlich investierte Bildungsfranken muss zwingend eine Qualitätssteigerung zur Folge haben.»**

den Ständeratssitz zu erobern. Dass dieses Ziel realistisch ist, hat verschiedene Gründe: Die FDP wird wieder als das liberale Original wahrgenommen. Sie ist agil, wirtschaftskompetent und drischt keine Phrasen, sondern bietet Lösungen an. Und sie will wieder den Platz als prägende politische Kraft einnehmen, der ihr in einem offenen, freiheitsliebenden Land zusteht.

Die Rückkehr zur alten Stärke und die Fokussierung auf klar definierte Themen wie Bildung, Verkehrs- und Energiepolitik und natürlich Finanz- und Wirtschaftspolitik hat sich die Partei selbst auf die Fahne geschrieben.

Noch nie waren aber auch die äusseren Rahmenbedingungen für eine

Partei, die mit Wirtschaftskompetenz punkten kann, so günstig wie gerade jetzt. Der Frankenschock, die Annahme der Masseneinwanderungsinitiative, die Flut von anderen wirtschaftsfeindlichen Initiativen und die unsichere Zukunft der bilateralen Verträge haben tiefe Spuren bei den Bürgerinnen und Bürgern hinterlassen. Zudem ist die bei den letzten nationalen Wah-

len noch hochgejubelte «neue Mitte» gerade dabei, endgültig auseinanderzufallen, und bietet keine Antworten auf die drängenden Fragen der Gegenwart und der Zukunft.

In dieser Situation suchen die Menschen Kompetenz und eine Partei, die eine Vision für unser Land hat. Diese hat die FDP und scheut sich nicht, die wichtigsten Themen anzugehen, die über das Wohl und den Wohlstand in der Schweiz entscheiden. Und sie spricht Klartext. Im Kanton und auf der nationalen Bühne.

Dass sich die Bürokratie immer weiter in ehemals private Angelegenheiten einmischt und jeden Bereich des täglichen Lebens regulieren will, widerspricht völlig dem Credo der Liberalen und der selbstverantwortlichen Prägung der Schweizer Bürgerinnen und Bürger. Wenn pro Woche 140 Seiten neue Rechtsnormen auf den verschiedensten Stufen ausgebrü-



Christof Hiltmann



Sven Inäbnit



Rolf Richterich

tet werden, dann ist das Modell Schweiz in Gefahr.

Wenn die Schweiz sich wirtschaftlich nach aussen abschottet und die bilateralen Verträge in Frage stellt, dann ist das Modell Schweiz in Gefahr.

Wie wichtig unsere europäischen Handelspartner sind, belegt die Tatsache, dass wir gleich viele Waren und Dienstleistungen nach Baden-Württemberg ausführen wie in die USA und nach Bayern das gleiche Volumen wie nach China.

Niemand bestreitet, dass die Einwanderung in unser Land ein Problem ist. Nur bringt es gar nichts, wenn wir Kontingente mit eriträischen Flüchtlingen ausschöpfen, wenn wir doch top ausgebildete Ingenieure, IT-Spezialisten und Ärzte aus Europa brauchen. Die Türen müssen offen bleiben für qualifizierte Arbeitskräfte, ohne die das Land nicht weiter wachsen und prosperieren kann. Und wir müssen Kriegsflüchtlinge, die diesen Status verdient haben, nach der alten humanitären Tradition der Schweiz Schutz bieten.

Asylanten und Wirtschaftsflüchtlinge aber, die nur in die Sozialsysteme einwandern, sich nicht in unsere Kultur einfügen und nicht arbeiten wollen, müssen in einem schnellen Verfahren wieder aus dem Land geschafft werden. Nur wenn wir Scheinasylanten konsequent wegweisen, werden wir für diese Kategorie nicht mehr attraktiv sein. Schaffen wir es

nicht, eine differenzierte Migrationspolitik zu definieren UND durchzusetzen, ist das Modell Schweiz in Gefahr.

Die Bedrohung durch fanatisierte Islamisten ist nach dem neusten Sicherheitsbericht auch für die Schweiz ein grosses Risiko. Wie von FDP-Baselland-Nationalrätin Daniela Schneeberger gefordert, muss der Bund genau überprüfen, ob sich im riesigen Flüchtlingsstrom aus Afrika und den arabischen Ländern Terroristen verstecken, die hier oder in benachbarten Ländern Anschläge verüben wollen. Für die FDP ist die Sicherheit des Landes und die Unversehrtheit unseres Territo-

riums traditionell ein Kernthema, bei dem keine Kompromisse eingegangen werden können. Gelingt es uns nicht, diesen neuen Formen der Bedrohung mit einem angemessenen Sicherheitsdispositiv und den nötigen finanziellen Ressourcen zu begegnen, ist das Modell Schweiz in Gefahr.

Mindestens so grosse Aufmerksamkeit muss die FDP im Kanton und auf nationaler Ebene der sogenannten «Energiewende» widmen. Die Luftschlösser, die hier gebaut und mit unrealistischen Szenarien und Zahlen unterlegt werden, belasten die Schweizer Wirtschaft, insbesondere den schon arg gebeutelten Werkplatz

Schweiz, massiv. Gelder müssen dort eingesetzt werden, wo sie am meisten Wirkung erzielen, also etwa bei der Energieeffizienz. Nutzlos und schädlich sind dagegen Subventionen für bestimmte Energieträger, die sich nie wirtschaftlich betreiben lassen.

Statt Mobilität, die eine Grundlage erfolgreicher Wirtschaftspolitik ist, zu verteufeln, sollte in die Infrastruktur für alle relevanten Verkehrsträger investiert werden. Strasse, Schiene und Luft sind sich ergänzende Systeme, die nicht durch unsinnige Auflagen belastet werden dürfen. Statt ideologisch motivierte Zwangsmassnahmen braucht es eine vorausschauende,

pragmatische Verkehrspolitik, die sich nicht an unerreichbaren Utopien orientiert, sondern an realistischen Zielen.

Ein Hochpreisland wie die Schweiz braucht Produkte und Dienstleistungen, die eine hohe Wertschöpfung generieren. Es kommt nicht von ungefähr, dass unser Land immer wieder Spitzenplätze einnimmt, wenn es um die Innovationskraft und -fähigkeit geht. Dafür braucht es die klügsten Köpfe, aber nicht unbedingt mehr Akademiker. Die FDP unterstützt das erfolgreiche duale Bildungssystem, das junge Menschen so ausbildet, dass sie auch tatsächlich einen Arbeitsplatz

finden. Bei der Mittelvergabe müssen die akademische und die Berufsausbildung daher gleich lange Spiesse haben. Was im Kanton gilt, ist auch richtig für den Bund. Jeder zusätzlich investierte Bildungsfranken muss zwingend eine Qualitätssteigerung zur Folge haben.

Noch ist der Standort Schweiz attraktiv und sehr wettbewerbsfähig. Überbordende Regulierungen und ein unnötiger «Swiss Finish» bedrohen aber das erfolgreiche Modell Schweiz. Die Verwaltung muss sich wieder auf ihre Kernaufgaben konzentrieren, und die staatlichen Ausgaben in allen Bereichen müssen einer sorgfältigen und regelmässigen Überprüfung unterliegen. Es darf nicht sein, dass die öffentliche Verwaltung der am stärksten wachsende «Wirtschaftszweig» ist. Nicht administrieren muss sich lohnen, sondern Leistung. Das gilt ganz besonders für den Mittelstand und die kleinen und mittleren Unternehmen, die nach wie vor das Rückgrat der Schweizer Wirtschaft bilden. Dementsprechend sind massvolle Steuern und eine Schuldenbremse wirksame Instrumente, um unseren Wohlstand zu sichern.

Mit den Kandidaten und Kandidatinnen der FDP Baselland, die in den National- und Ständeratswahlkampf steigen, haben wir nicht nur starke individuelle Persönlichkeiten, sondern auch ein schlagkräftiges Team. Wir

**«Noch nie waren aber auch die äusseren Rahmenbedingungen für eine Partei, die mit Wirtschaftskompetenz punkten kann, so günstig wie gerade jetzt.»**

wollen das neue Selbstverständnis und Selbstbewusstsein nutzen, um auch im Bund – wie bei den erfolgreichen kantonalen Wahlen – die Wende zu schaffen.

Wir nehmen das Wort «Wahlkampf» ernst und werden für die Freiheit, unsere Anliegen und unsere liberalen Werte kämpfen. Jeden Tag. Wir scheuen die Debatte nicht, weil wir die besseren Argumente und klügeren Köpfe haben. Aber wir kämpfen nicht für uns, sondern für die Vision einer Schweiz, die wieder sich selbst und die liberalen Werte entdeckt, die sie so stark gemacht haben und für die Zukunft noch stärker machen werden.

Porträt Christoph Buser

# Ein Brückenbauer, der Klartext spricht

Die bürgerlichen Parteien des Kantons Baselland waren sich einig: Ihr gemeinsamer Kandidat für den Ständerat muss Christoph Buser heissen. Profiliert, bestens vernetzt und pragmatisch, ist der Direktor der Wirtschaftskammer Baselland die richtige Wahl, um dem Baselland wieder eine starke bürgerliche Stimme im «Stöckli» zu geben.

Spricht man mit Leuten, die Christoph Buser aus der täglichen Zusammenarbeit kennen, dann sind sich politische Freunde und Gegner einig: Der Mann spricht Klartext, ist kompetent und sucht immer nach pragmatischen Lösungen. In den USA, mit denen sich Buser verbunden fühlt, würde ein solcher Kandidat als «No Bullshit Man» charakterisiert.

Das heisst aber nicht, dass er sich nicht leidenschaftlich für jene Themen einsetzt, die ihm besonders am Herzen liegen. Er kann auch einmal richtig laut werden, wenn etwa der Bund zu Jahresbeginn entscheidet, den Verkehrsknotenpunkt Hagnau mitsamt dem Schänzli-Tunnel während sage und schreibe sieben Jahren sanieren zu wollen. Anstatt aber die Faust im Sack zu machen, lancierte der Verwaltungsrat des TCS Schweiz zusammen mit anderen bürgerlichen Politikerinnen und Politikern noch im Januar eine Petition mit 18 000 Unterschriften, um aus Liestal Druck auf Bern zu machen.

Diese Episode ist typisch für den 44-jährigen Vater von zwei Kindern. Er hat einen klaren, bürgerlich-liberalen Kompass und sucht immer nach pragmatischen, politisch durchsetzbaren Lösungen, die für die Betroffenen und den Kanton Baselland am besten sind.

Und er ist ein exzellenter Netzwerker mit etablierten Verbindungen nach Bundesbern. Als die Nationalbank im Januar überraschend den festen Wechselkurs gegenüber dem Euro aufgab, lud der studierte Ökonom die regionalen KMU zu einem Unternehmerfrühstück ein, um ihre Anliegen zu diskutieren. Nur eine Woche später sass den Baselbieter Unternehmer dem Schweizer Volkswirtschaftsminister Johann Schneider-Ammann gegenüber, der ihnen nach dem Gespräch versicherte: «Was Sie mir hier und





heute sagen, das geht so eins zu eins an den Bundesrat weiter.»

Die überbordende Bürokratie, immer neue Abgaben und Gebühren belasten jene mittelständischen Firmen ganz besonders, die im Baselland das

### «Wer eine besondere Leistung erbringt, verdient auch eine besondere Wertschätzung.»

Rückgrat der hiesigen Wirtschaft bilden. Sie brauchen eine starke liberale Stimme in Bern, die ihre Interessen profiliert und kompromisslos vertritt. Genau das würde ein Ständerat Buser garantieren.

In der Sache kompromisslos, ist der in Füllinsdorf lebende Buser aber auch ein Brückenbauer, der immer zu

seinem Wort steht. Als immer mehr Schwarzarbeits-Exzesse an die Öffentlichkeit gelangten, setzte er sich mit allen Sozialpartnern zusammen, um Lohn- und Sozialdumping zu verhindern. Oberstes Ziel: faire Wettbe-

werbsbedingungen für KMU und die Erhaltung von Lehrstellen und Arbeitsplätzen. Eine entsprechende parlamentarische Initiative brachte er zusammen mit dem SP-Landrat Daniel Münger in Rekordzeit und einstimmig durch das Parlament.

Für Buser ist klar: «Wer eine besondere Leistung erbringt, verdient

eine besondere Wertschätzung.» Dass dies nicht nur leere Worte sind, beweist er mit seinem unermüdlichen Einsatz für das duale Bildungssystem und die Berufsbildung im Baselland. Als Direktor der Wirtschaftskammer ist er verantwortlich für die alle zwei Jahre stattfindende Berufsschau und persönlich für 200 Lernende, die im KMU-Lehrbetriebsverbund Baselland und Umgebung ihre Berufsausbildung absolvieren. Nicht nur darum ist er ein vehementer Befürworter der Gleichwertigkeit der verschiedenen Bildungswege.

Im Bundeshaus ist Buser kein Unbekannter. Regelmässig trifft und bespricht er sich mit bürgerlichen Parlamentariern und hält auch Kontakt zu bürgerlichen Bundesräten. Von 2001 bis 2006 war er persönlicher Mitarbeiter des ehemaligen Nationalrats Hans Rudolf Gysin. Für dessen Arbeit in der nationalrätlichen Kommission für Wirtschaft und Abgaben kümmerte er sich um entscheidende Dossiers wie Standort- und Wohnbauförderung, aber auch um den Umgang mit Generika.

Christoph Buser verkörpert eine neue Generation von FDP-Politikern, die sich in der Wirtschaft bestens auskennt, keine Scheuklappen und Spass daran hat, als Vollblutpolitiker in Bern dafür zu sorgen, dass das Erfolgsmodell Schweiz nicht verstaatlicht, sondern in eine liberale Zukunft geführt wird. Er ist die Stimme der Zukunft für das Baselland in Bern.

### Lebenslauf Christoph Buser

Christoph Buser wurde am 3. Juni 1971 geboren. Er ist verheiratet und lebt mit seiner Frau und seinen zwei Kindern in Füllinsdorf.

Der studierte Ökonom ist seit 2007 Landrat der FDP. Er ist Vizepräsident der Volkswirtschafts- und Gesundheitskommission und seit 2010 Mitglied der Umwelt- und Energiekommission.

Seit September 2012 ist er Direktor der Wirtschaftskammer Baselland.

Unter anderem ist Buser

- Verwaltungsrat TCS Schweiz und TCS beider Basel
- Verwaltungsrat Elektra Baselland
- Verwaltungsrat Rofra Holding
- Präsident der Liga Baselbieter Stromkunden
- Geschäftsführer der Liga Baselbieter Steuerzahler
- Geschäftsführer der Schweizerischen Gesellschaft zur Förderung des Bausparens

Seine Themenschwerpunkte sind die Verkehrs-, die Wirtschafts- und Finanzpolitik, die Energie- und Bildungspolitik und die Förderung des Wohneigentums.



Delegiertenversammlung

## Willkommen in Amriswil

Die letzte Delegiertenversammlung vor den Wahlen 2015 stand ganz im Zeichen des Fortschritts. Über 180 Delegierte fanden den Weg ins thurgauische Amriswil. Parteipräsident Philipp Müller und Bundesrat Didier Burkhalter betonten in ihren Reden die Wichtigkeit der bilateralen Verträge für die Schweiz. Dieser Fokus zeigte sich auch in den drei verabschiedeten Resolutionen zu den Themen «Verhältnis Schweiz – EU», «Migration» und «Inländisches Arbeitskräftepotenzial».

«Fortschritt und Innovation sind die Grundlagen für Arbeitsplätze und Wohlstand», so die Worte von Parteipräsident Philipp Müller. Wirtschaftlicher Fortschritt sei jedoch nicht durch Abschottung und Isolation zu erreichen. So zeigten Gespräche mit Schweizer Unternehmern: Die Schweiz braucht die bilateralen Verträge! Auch Bundesrat Didier Burkhalter unterstrich dies in seiner Rede: «Die Beziehungen unseres Landes zur EU wollen wir gemeinsam gestalten. Wir wollen die Zuwanderung besser steuern und den bilateralen Weg erneuern.»

### Drei Resolutionen

Mit diesen klaren Statements für Fortschritt und gegen Isolation hat die FDP klare Zeichen gesetzt, welche durch die drei an der Versammlung verabschiedeten Resolutionen weiter unter-



Die Delegierten geben ihre Stimmen ab.



Moderator NR Andrea Caroni mit Kandidierenden der FDP Thurgau.



Bundesrat Didier Burkhalter.



Mediales Interesse.



FDP-Präsident Philipp Müller.



Ständerätin Karin Keller-Sutter.



Walter Schönholzer, Präsident FDP Thurgau.

mauert wurden. Die Delegierten verabschiedeten nicht nur ein Papier zur Erneuerung des bilateralen Wegs, sondern sprachen sich auch deutlich für die stärkere Förderung des inländischen Arbeitskräftepotenzials und für eine harte, aber faire Zuwanderungspolitik aus. Durch diese Massnahmen kann die Migration gedrosselt werden, ohne den bilateralen Weg zu gefährden. Lesen Sie dazu auch die Berichte zu den Resolutionen auf den Seiten 9 bis 11 in dieser Ausgabe.

### Vorstellung der Kandidatinnen und Kandidaten

Die nationalen Wahlen stehen vor der Tür, und die Thurgauer FDP hat ein Ziel: den 2011 an die Grünliberalen verlorenen Sitz zurückzugewinnen. Dieser Herausforderung stellen sich sechs

motiviertere Kandidatinnen und Kandidaten, die in einer Fragerunde dem Moderator Nationalrat Andrea Caroni Rede und Antwort standen. Wir wünschen den Kandidierenden viel Erfolg!

### Genussvoller Apéro

Eine Delegiertenversammlung ist bekanntlich nicht nur Politik, sondern auch ein soziales Ereignis. Im Anschluss wurde daher in munterer Runde und bei wunderschönem Sommerwetter auf die erfolgreiche Versammlung angestossen. Unzählige Gäste liessen sich dabei die Möglichkeit nicht nehmen, unseren Parteipräsidenten Philipp Müller, Bundesrat Didier Burkhalter sowie andere nationale Politiker kennen zu lernen, welche sich merklich freuten, wieder einmal in der Ostschweiz zu Besuch zu sein.



NR Doris Fiala und RR Carmen Walker Späh im Gespräch.

Campagne électorale

## Le PLR. Les Libéraux-Radicaux tient sa ligne

En ce début de campagne électorale, le PLR. Les Libéraux-Radicaux n'est pas épargné par la critique. Pour certains, il est le profiteur de la crise du franc fort, d'autres le jugent peu fiable quand il s'agit de faire alliance. Il s'agit de «petites phrases» saisies au vol et qui ont pour but de focaliser l'attention publique sur des points négatifs. La plupart des partis opèrent de la même manière en période électorale: c'est le jeu politique et médiatique. Toutefois, ce qui importe vraiment, c'est le travail sur la durée. Or, le PLR a tenu la ligne qu'il avait annoncée en 2011, et qui date d'ailleurs de bien plus longtemps. Ce n'est pas le cas de tous les partis qui sont parfois incohérents ou prompts à dévier de leurs positions.

**Christian Lüscher, Conseiller national et Vice-président PLR. Les Libéraux-Radicaux**

Pour le PLR. Les Libéraux-Radicaux, le respect des promesses faites à son électorat est crucial. Il s'agit de tenir les engagements qui ont motivé les citoyens à le soutenir en maintenant une ligne politique cohérente. Il est facile de faire de grandes déclarations, de fausses promesses. Le PLR lui préfère jouer carte sur table sans coups d'éclats mais en tenant sa ligne politique. A l'inverse, il apparaît que cette tendance à respecter une ligne stable n'est pas caractéristique de tous les partis.

Conformément à la ligne qu'il avait annoncée suivre lors des dernières élections, le PLR. Les Libéraux-Radicaux soutient une politique économique libérale et applicable. C'est pourquoi, il a régulièrement combattu au cours de la législature, et avec succès, les objets visant à augmenter la bureaucratie, à limiter la liberté d'entreprendre et à restreindre la responsabilité individuelle. Citons par exemple les initiatives pour un salaire minimum, Eco-pop et 1:12. Ces initiatives, trop peu libérales, qui ont été rejetées par le PLR mais surtout par le peuple, auraient pu être néfastes pour l'emploi et avoir l'effet diamétralement inverse de celui escompté. Ce type d'incohérences n'est pas dans les habitudes du PLR. Les Libéraux-Radicaux. Il se positionne, non seulement, en fonction des attentes de



Christian Lüscher

son électorat, mais souhaite également défendre les intérêts de l'ensemble des citoyens suisses: dans le contexte économique fluctuant, ils ont, plus que jamais, besoin de fiabilité et d'un parti qui traite les questions économiques avec ouverture et efficacité. Le PLR, reconnu de longue date par l'électorat pour sa compétence dans le domaine de l'économie, est à même de répondre à ces besoins.

Le PLR est resté le parti de l'ouverture et des bilatérales. Il est le seul parti qui a compris que la place économique suisse a besoin de ses partenaires de l'Union Européenne pour maintenir sa place économique et la développer encore, sans pour autant s'y assujettir par une adhésion préjudiciable. C'est pourquoi, une fois encore en adéquation avec la ligne annoncée, le PLR se positionne comme le parti de la voie bilatérale et s'emploie à désamorcer les risques, que représente pour la Suisse l'adoption de l'initiative contre l'immigration de masse du 9 février 2014. Rappelons qu'un franc sur deux gagnés en Suisse est issu des relations économiques avec l'étranger, plus particulièrement avec l'UE. Porter atteinte aux conditions de libre échange serait donc illogique et néfaste à l'économie suisse.

C'est pourquoi le PLR. Les Libéraux-Radicaux s'est appliqué – et s'applique – à tenir sa ligne libérale, pour plus de liberté, de cohésion et d'innovation – par amour de la Suisse.



## Resolutionen

## Klare Forderungen der FDP

Die FDP hat die letzte Delegiertenversammlung im Wahljahr dazu genutzt, drei zentrale Themen in Resolutionen festzuhalten: Migration, bilaterale Verträge und inländisches Arbeitskräftepotenzial. Ziel: Unsere Positionen bestätigen und festigen. Die klar verständlichen Resolutionen dienen auch unseren Kandidierenden für ihren Wahlkampf.

Gerade im Wahlkampf sind deutliche Aussagen entscheidend. Die FDP hat darum an der Delegiertenversammlung in Amriswil in drei entscheidenden und bewegenden Themen ihre Positionen in verständlichen und übersichtlichen Resolutionen zusammengefasst. Schnörkellos und auf den Punkt gebracht ist so für jede und jeden ersichtlich, wie sich die FDP positioniert.

### Was bewegt die Schweizerinnen und Schweizer?

Die Themen Migration, bilaterale Verträge und inländisches Arbeitskräftepotenzial sind zentral für das Erfolgsmodell Schweiz und werden uns auch in den nächsten Jahren weiter beschäftigen. Wie die FDP den Wohlstand für die Zukunft durch die Erneuerung des bilateralen Wegs sichern will, legt sie in ihren Forderungen dar. Dabei sind die roten Linien der FDP zwingend, um für die Schweiz das beste Verhandlungsergebnis zu erzielen. Die FDP ist

seit jeher die einzige Partei, welche sich konsequent für die Weiterführung der Bilateralen ausgesprochen hat.

Auch soll das inländische Arbeitskräftepotenzial besser genutzt werden. Hier tritt die FDP mit realisierbaren Forderungen an. Es gilt, den Erwerbstätigen keine Steine in den Weg zu legen. Gleichzeitig muss man aber auch den Arbeitgebern mit einem liberalen Arbeitsmarkt entgegenkommen.

Hart, aber fair – das ist die Migrationspolitik der FDP. Gerade in diesem für Populismus anfälligen Thema gilt es, rationale, gerechte, aber auch harte Forderungen zu stellen. Die FDP zieht mit ihrer Resolution ihre Politik von 2011 weiter.

### Fordern, handeln, umsetzen

Die FDP zeigt, wie es geht. Ihre drei Resolutionen legen rasch und einfach verständlich dar, wie unser Land weiterhin seinen Weg gehen kann. Die Schweiz soll eigenständig und erfolgreich bleiben. Mit der Umsetzung der

Forderungen hat das Erfolgsmodell Schweiz eine Zukunft. Die Resolutionen sind die Konsequenz aus der Zukunftsstrategie, welche 2014 verabschiedet worden ist. Mit ihr zeigt die FDP seit September 2014 auf, wie sie den Herausforderungen begegnet.

Die Kandidatinnen und Kandidaten der FDP werden im nationalen Wahlkampf die Forderungen der FDP ins Land hinaustragen und die Wählenden von unseren Lösungen überzeugen. Sie werden an vorderster Front aufzeigen, wie wir unser Land an der Weltspitze halten wollen.

### Direktes Gespräch nutzt mehr als schönes Papier

Doch um dies zu erreichen, braucht es nicht nur den Einsatz der Kandidierenden. Es ist das ganz persönliche Engagement all unserer Mitglieder gefragt. Nur wenn alle mit anpacken, können wir unser Wahlziel erreichen und zweitstärkste Partei werden. Nur wenn alle mit anpacken, können wir das Er-

folgsmodell Schweiz bewahren, unseren Wohlstand sichern und die einmalige Lebensqualität aufrechterhalten.

Die Resolutionen sollen künftig den Mitgliedern als Orientierungshilfe dienen, um im persönlichen Gespräch mit der Wählerschaft unsere Lösungen aufzuzeigen. So wird es uns gelingen, die Schweiz von unseren liberalen Rezepten zu überzeugen. Wir stellen uns den aktuellen Herausforderungen und treten mit reformorientierten, konsensfähigen und realistischen Forderungen auf.

Lesen Sie auf den folgenden Seiten eine kurze Zusammenfassung unserer Resolutionen. Die kompletten Resolutionen finden Sie auf unserer Website unter

<http://www.fdp.ch/positionen/resolutionen.html>

Drei Resolutionen für einen starken Standort Schweiz

## Harte, aber faire Zuwanderungspolitik. Die Zuwanderung steuern, ohne die Bilateralen zu gefährden.

**Die Schweiz ist auf Zuwanderung angewiesen und Zuwanderer haben dieses Land bereichert. Aber Missbrauch muss konsequent bekämpft werden. Das wichtigste Anliegen der FDP ist, dass die Zuwanderung nicht in den Sozialstaat, sondern in den Arbeitsmarkt erfolgen muss. Zweitens soll die Einwanderung aus Drittstaaten eingeschränkt und drittens die Verfahren im Asylwesen beschleunigt werden. Im Gegensatz zur Initiative «Gegen Masseneinwanderung» der SVP sind diese Forderungen der FDP schnell und ohne die bilateralen Verträge zu gefährden, umsetzbar.**

Bei der Einwanderung aus Europa (EU und EFTA) fordern wir einen konsequenten Vollzug des geltenden Rechts. Lohndumping, Sozialtourismus oder Scheinarbeitsverhältnisse können im Rahmen des geltenden Rechts bekämpft werden. Nur muss dieses Recht auch konsequent umgesetzt werden.

Ausserdem beinhaltet das Freizügigkeitsrecht keinen unbedingten Anspruch auf Aufenthalt. Der Zugewanderte muss Teil des Arbeitsmarktes sein oder sonst über genügend finanzielle Mittel verfügen. Diese Bedingungen müssen konsequent eingefor-

dert werden und die Kantone sind angehalten, den Vollzug zu verbessern und zu vereinheitlichen.

Bei der Einwanderung aus Drittstaaten fordert die FDP strengere Vorschriften für den Familiennachzug. Dieser liegt bei den Einwanderern aus Drittstaaten mit 50 bis 60 Prozent stets viel höher als bei Personen aus EU-Staaten, wo er weniger als 25 Prozent beträgt. Ausserdem soll konsequent Gebrauch gemacht werden von Integrationsvereinbarungen. Diese sollten die Regel und nicht die Ausnahme darstellen. Die Schweiz begrüsst qualifizierte und integrationsbereite Ein-

wanderer, fordert aber auch den Respekt der hiesigen Gesetze und Gepflogenheiten ein.

Im Asylwesen schliesslich müssen die Verfahren endlich beschleunigt werden. Wer ein Anrecht auf einen Flüchtlingsstatus in der Schweiz hat, soll rasch die Gewissheit erhalten, um

sich dann in die Gesellschaft integrieren zu können. Abgewiesene Asylsuchende hingegen müssen zeitnah ausgeschafft werden. Hierzu müssen die Verfahren rechtsstaatlich korrekt aber schneller ablaufen. Gerade zu diesem Zweck sind auch mehr Rücknahmeabkommen anzustreben.



## Erneuerung des bilateralen Wegs. Den Wohlstand für die Zukunft sichern.

**Die FDP lehnt sowohl einen EU-Beitritt wie auch eine Abschottungspolitik ab. Wir sind die einzige Partei, die sich konsequent für den bilateralen Weg einsetzt. Das Ja zur Initiative «Gegen Masseneinwanderung» der SVP droht allerdings genau diesen Königsweg zu verbarrikadieren. Es steht viel auf dem Spiel: der Zugang zum grössten Binnenmarkt der Welt, unserem wichtigsten Absatzmarkt und Handelspartner, aber auch alle übrigen Errungenschaften der Bilateralen. Gerade in Zeiten des starken Frankens sollte dieser wichtige Vorteil bewahrt werden.**

Die kulturelle, gesellschaftliche und wirtschaftliche Bedeutung der bilateralen Verträge für das Erfolgsmodell Schweiz darf nicht unterschätzt werden. 55 Prozent unserer Exporte gehen in den europäischen Binnenmarkt, 73 Prozent unserer Importe kommen von dort. Wir unterhalten allein mit Ba-

den-Württemberg ein dreimal so grosses Handelsvolumen wie mit China. Die Schweiz ist nicht nur geografisch und historisch-kulturell, sondern eben auch ökonomisch ein Teil Europas. Dank der Personenfreizügigkeit können unsere Firmen jene Arbeitskräfte rekrutieren, die sie brauchen, um an

der Weltspitze mithalten. Insgesamt umfasst das bilaterale Vertragswerk rund 20 Kernabkommen und 100 sektorische Abkommen, welche unsere Beziehungen mit Europa vereinfachen und Handelshindernisse abbauen. Dies reicht von der Integration des Forschungsplatzes Schweiz bis zu den hervorragenden Flugverbindungen, welche uns erst das Luftverkehrsabkommen ermöglicht.

Was ist aber von der Idee zu halten, ein Verlust der Bilateralen liesse sich durch das Freihandelsabkommen der Schweiz mit den EWR-Staaten aus dem Jahre 1973 auffangen? Gar nichts. Die Bilateralen gehen weit über ein Freihandelsabkommen hinaus. Sie da-

mit zu ersetzen, käme dem Versuch gleich, ein iPhone durch ein altes Telefon mit Wählscheibe aus den 70er-Jahren zu ersetzen.

Die FDP fordert die Umsetzung des Volkswillens vom 9. Februar 2014. Es gilt aber auch den mehrmals deutlich zu Gunsten der Bilateralen geäusserten Willen der Schweizerinnen und Schweizer zu beachten. Die FDP wünscht sich die viel besagte Quadratur des Kreises, also die Beschränkung der Zuwanderung ohne Verlust der Bilateralen.

Die Position der FDP ist klar: Zuerst müssen wir die Initiative «Gegen

**Fortsetzung nächste Seite oben**

Masseneinwanderung» so umsetzen, dass die bilateralen Verträge erhalten bleiben. Dann aber müssen wir den bilateralen Weg weiterentwickeln und die institutionellen Fragen klären. Worum geht es da? Die bereits ange-deutete Komplexität der Beziehungen der Schweiz mit Europa bringt auch eine Dynamik mit sich. Genau wie die Software eines iPhones braucht auch die Rechtsgrundlage zweier so intensiv verflochtener Handelspartner immer wieder mal ein Update. Die EU entwickelt ihr Recht weiter und wir tun dasselbe. Viele Verordnungen können dabei problemlos übernommen werden, aber in unserem politischen System muss auch stets die Möglichkeit bestehen, dass das Volk in einer Abstimmung das letzte Wort hat. Darüber hinaus braucht es anerkannte Instanzen, um die Einhaltung der vereinbarten Abkommen zu



überwachen und gegebenenfalls einen Streit beizulegen.

Die FDP hat deshalb vier rote Linien formuliert. Sie sind die Bedin-

gungen, an die wir unsere Zustimmung zur Weiterentwicklung der bilateralen Verträge und zur Klärung der institutionellen Fragen knüpfen.

Erstens: Es darf keine automatische Übernahme von EU-Recht geben, denn in unserem politischen System steht der Souverän an erster Stelle. Zweitens: Es darf nicht zu einer automatischen Kündigung der bilateralen Verträge kommen, wenn sich die zwei Parteien nicht einigen können oder die Schweiz eine Interpretation des Europäischen Gerichtshofs nicht umsetzt. Drittens: Die FDP will keinen Ausbau der flankierenden Massnahmen, denn der liberale Arbeitsmarkt ist eine der grossen Stärken der Schweiz. Viertens: Wir wollen keine Übernahme der europäischen Richtlinien zur Unionsbürgerschaft.

Der bilaterale Weg ist der Königsweg für die Beziehungen der Schweiz mit der EU. Deshalb ist für die FDP klar: Wir wollen diesen Weg weiter beschreiten und wo nötig sogar ausbauen.

## Erwerbstätigen keine Steine in den Weg legen. Inländisches Arbeitskräftepotenzial optimal einsetzen.

**Der Fachkräftemangel wird sich mit der Umsetzung der Initiative «Gegen Masseneinwanderung» nochmals verschärfen. Umso wichtiger ist es, das Potenzial im Inland richtig zu nutzen. Die FDP unterstützt deshalb die Fachkräfteinitiative des Bundesrates und fordert zudem, dass die Politik konsequent jene falschen Anreize abbaut, welche gerade ältere Arbeitnehmende und Frauen auf dem Arbeitsmarkt benachteiligen.**

Erstens muss die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessert werden, denn sie ermöglicht es insbesondere gut ausgebildeten weiblichen Arbeitskräften, vermehrt am Berufsleben teilzuhaben. Flexible Arbeitsmodelle, Teilzeitstellen, Telearbeit, Tagesstrukturen wie Mittagstische, Aufgabenbetreuung oder koordinierte Stundenpläne: Sie alle erlauben die Vereinbarkeit von Beruf und Familie für beide Elternteile. Kantone und Gemeinden stehen deshalb in der Verantwortung, auf die regionalen Bedürfnisse angepasste Lösungen zu finden, welche sich marktnah umsetzen lassen. Betreuungsgutscheine stellen zum Beispiel eine liberale Alternative zum Dickicht einer staatlichen Krippenbürokratie dar.

Zweitens darf die Steuerprogression niemanden vom Arbeiten abhalten. Wenn Arbeit am Ende mehr kostet, als sie einbringt, läuft etwas gewaltig schief. Auch die «Heiratsstrafe» belastet Paare zusätzlich. Die FDP fordert deshalb, dass Steuern nicht gewisse Lebensformen benachteiligen und sich Arbeit konsequent lohnt.

Drittens soll ein flexibles Rentenalter den längeren Verbleib im Arbeitsleben ermöglichen. Teilrenten in der AHV und im BVG ermöglichen abgestufte und individuelle Lösungen. Aber auch die Wirtschaft muss umdenken und mit ihr die staatliche Unterstützung bei der Stellensuche: eine altersorientierte Personalpolitik, eine gezielte Betreuung durch das RAV und steuerliche Vergünstigun-

gen für Weiterbildung sollen es auch älteren Erwerbstätigen erlauben, auf dem neusten Stand zu bleiben.

Viertens dürfen ältere Arbeitnehmer nicht durch altersabhängige Lohnabzüge benachteiligt werden. Dazu dürfen die sogenannten Alters-

gutschriften mit dem Alter nicht mehr ansteigen, denn diese steigenden Lohnabzüge im BVG verteuern ältere Arbeitnehmer für ihren Arbeitgeber. Im schlimmsten Fall sind sie dann für den Arbeitgeber trotz wertvollem Wissen und Erfahrung schlicht zu teuer.



Ergänzungsleistungen

# Sinnvolles Instrument mit grossem Reformbedarf

**Bruno Pezzatti, Nationalrat ZG**

Die Kostenentwicklung der Ergänzungsleistungen (EL) wurde lange Zeit unterschätzt, letztmals im Rahmen des Neuen Finanzausgleichs (NFA) und der Neuregelung der Pflegefinanzierung. Die EL dienen hier gewissermassen als «Auffangbecken». Der Bundesrat hat in einem Bericht in Erfüllung eines Postulates der FDP-Liberalen-Fraktion aufgezeigt, dass die Gesamtausgaben der EL innerhalb von fünf Jahren um mehr als eine Milliarde Franken angestiegen sind (von 3,08 Mrd. Franken im Jahr 2006 auf 4,276 Mrd. Franken im Jahr 2011). Grund waren nicht nur die erwähnten Unter- bzw. Fehlschätzungen, sondern vor allem auch die demografischen Entwicklung und die starke Zunahme der jungen IV-Rentner. In der erwähnten Studie kommt das Bundesamt für Sozialversicherungen zudem zum Schluss, dass die EL-Gesamtkosten bei unveränderten Rahmenbedingungen bis 2020 auf über 5,5 Mrd. Franken pro Jahr ansteigen werden. Der Handlungsbedarf und die Kostentreiber sind offensichtlich.

## Was sind EL und wie funktionieren sie?

Das EL-System entspricht einem wichtigen Pfeiler unseres Sozialsystems. Die Leistungen kommen effektiv denjenigen Menschen zugute, die sie nötig haben. Die EL sind eine «bedarfsorientierte Zulage zu einer AHV- oder IV-Rente zwecks Existenzsicherung». EL werden also gemäss Bedarf ausbezahlt; zum Beispiel wenn eine AHV- und BVG-Rente für die Existenzsicherung nicht ausreichen. EL werden von der öffentlichen Hand finanziert, zu 5/8 vom Bund und zu 3/8 von den Kantonen.

## Unbestrittener Nutzen

Wichtig: Anstatt mit der Giesskanne Geld zu verteilen, richten die EL ge-



Bruno Pezzatti

zielte finanzielle Leistungen aus. Die steuerfinanzierten EL müssen zudem – im Gegensatz zu Versicherungsleistungen wie der AHV oder IV – nicht ins Ausland ausbezahlt werden. Wer EL beantragt, muss seinen Wohnsitz in der Schweiz haben. Die EL kommen somit vollumfänglich den bedürftigen Rentnerinnen und Rentnern in unserem Land zugute.

## Die Salamitaktik der Linken

Um den Kostenanstieg zu bändigen, hat der Bundesrat eine grosse Reform der EL angekündigt. Gleichzeitig versucht aber SP-Bundesrat Alain Berset,

eine «kleine» Ausbaureform durch das Parlament zu schmuggeln: Dabei geht es um die Höchstbeträge, welche die EL an den Mietzins bezahlen (Mietzinsmaxima). Da die Mieten in den Städten in den letzten Jahren stark angestiegen sind, sollen diese Höchstbeträge erhöht werden. Die Forderung ist im Hinblick auf die Situation der betroffenen Rentner gerechtfertigt. Nicht gerechtfertigt ist jedoch die Salamitaktik des Innendepartementes: Die Ausbauvorlage muss in meinen Augen zwingend zusammen mit Einsparungen behandelt werden. Die FDP hat in der Sozialkommission des National-

rates eine knappe Mehrheit für dieses Vorgehen gefunden (13:12 Stimmen mit Stichentscheid des Präsidenten). Es bleibt zu hoffen, dass der Nationalrat im Herbst diesem Vorschlag folgt. Das Ziel muss insgesamt eine kostenneutrale Reform sein.

## Zweckentfremdung des Vorsorgekapitals verhindern statt BVG-Bezugsmöglichkeiten einschränken

Die angekündigte grosse Reform der EL hat bisher vor allem mit dem Vorschlag des Bundesrates Schlagzeilen gemacht, die Bezugsmöglichkeiten für Gelder aus der 2. Säule einzuschränken. Die FDP wird dies entschieden bekämpfen. Der Nationalrat hat diesbezüglich bereits meine Motion an den Ständerat überwiesen, welche verlangt, dass die EL für Leute gesenkt werden, welche ihr BVG-Kapital bezogen und ausgegeben haben. Die Tatsache, dass BVG-Bezüge zum Teil missbraucht werden und es in der Folge zu einer Belastung der Ergänzungsleistungen kommt, ist absolut stossend. Die Fehler Einzelner dürfen nicht an die Sozialwerke ausgelagert werden. Gleichzeitig müssen aber freiheitliche Kapitalbezugsmöglichkeiten in einem System des Zwangssparens wie das BVG beibehalten werden. Eine Einschränkung würde beispielsweise junge Familien bestrafen, welche Vorbezüge für die Wohneigentumsförderung sinnvoll einsetzen. Ich hoffe, dass der Ständerat meine Motion annimmt und die Eigenverantwortung stärkt.

Weitere Anpassungen sind bei der angekündigten Reform des EL-Gesetzes unausweichlich: die Entflechtung der Verbundaufgaben zwischen Bund und Kantonen, die Behebung von Fehlanreizen sowie eine systematische Missbrauchsbekämpfung, eine angemessene Erhöhung der Mietzinsmaxima und die vollständige Entflechtung von individuellen Prämienverbilligungen und EL.

Sicherheit gewährleisten

# Unsere Hilfsbereitschaft darf nicht missbraucht werden

Die FDP-Liberale-Fraktion will vom Bundesrat wissen, wie er die Schweiz vor Terroristen, die als Flüchtlinge getarnt einreisen, schützt. Gibt es genügend Personal und Mittel, um potenzielle Attentäter früh genug zu erkennen? Reicht der aktuelle Schutz aus? Mit zwei von NR Corina Eichenberger und NR Daniela Schneeberger initiierten Interpellationen verlangen wir klare Antworten auf diese und weitere Fragen.

**Corina Eichenberger,**  
Nationalrätin AG,  
**Daniela Schneeberger,**  
Nationalrätin BL

Vorab ist wichtig, dass die Schweiz vielen an Leib und Leben bedrohten Menschen einen Zufluchtsort bietet und auch bieten will. Das ist richtig, und das soll auch weiterhin so sein. Die Schweiz hat eine lange zurückreichende humanitäre Tradition. Darauf sind wir stolz. Nun kommt es aber zu Anzeichen, dass das Asylwesen vom Terrorismus als Korridor genutzt wird, um nach Europa und in die Schweiz zu gelangen. Um die humanitäre Tradition zu sichern und die Glaubwürdigkeit des Systems der Hilfe aufrechtzuerhalten, müssen wir die Bemühungen identifizieren, damit schwarze Schafe sich nicht einschleichen und damit das System gefährden können. Es darf nicht sein, dass diese Hilfe missbraucht wird.

Dieses Jahr werden voraussichtlich gegen 30 000 Personen in der Schweiz ein Asylgesuch stellen. Ein beträchtlicher Anteil davon kommt aus Staaten mit starker Terrorismusaktivität. Zudem plant der Bundesrat über Flüchtlingskontingente 3000 Syrer aufzunehmen. In der Sommersession hat die FDP-Liberale-Fraktion zwei Vorstösse an den Bundesrat gerichtet. Wir wollen wissen, wie er die Schweiz vor als Asylanten getarnten Terroristen schützt. Die Fragen sind hochaktuell, denn jüngst hat der norwegische Geheimdienst Islamisten unter Flüchtlingen entdeckt. Diese kamen über ein vom UNO-Flüchtlingshilfswerk zugeleitetes Flüchtlingskontingent ins Land.

Der Bundesrat soll nun aufzeigen, wie er das Risiko in der Schweiz einschätzt. Gerade UNO-Flüchtlingskontingente scheinen für Terroristen ein geeigneter Deckmantel zu sein. Unter dem internationalen Namen der UNO gelangen sie nach Europa und in die Schweiz. Dies beschädigt den Ruf internationaler Organisationen. Um den Ruf der UNO nicht zu beschädigen, müssen gefährliche Personen bereits früh erkannt und daran gehindert werden, in die Schweiz einzureisen. Wir wollen vom Bundesrat wissen, ob

er angesichts der Bedrohungslage zusätzliche Massnahmen plant.

Ebenfalls möchten wir wissen, ob bei Asylsuchenden eine Stichprobenprüfung oder ebenfalls eine Einzelprüfung durchgeführt wird. Und: Sollte eine solche Hinweise auf mögliche terroristische Aktivitäten zu Tage bringen, was wären die Konsequenzen?

Eine wichtige Rolle spielt auch der Nachrichtendienst des Bundes (NDB). Wir wissen nicht, ob dieser richtig aufgestellt ist, um sowohl Asylbewerber

als auch Flüchtlinge, welche der Schweiz unter einem Flüchtlingskontingent zugeteilt werden, genügend zu überprüfen. Der NDB muss in der Lage sein, das terroristische Risikopotenzial umfassend zu überprüfen. Der Bundesrat soll ebenfalls dazu Stellung nehmen, ob er das Personal beim Nachrichtendienst zu diesen Zwecken aufstocken will. Entscheidend ist weiter, dass die betroffenen Stellen über genügend verlässliche Informationen verfügen, um eine Risikoprüfung durchzuführen.



Corina Eichenberger



Daniela Schneeberger

BILD: FOTOTONI

Wir sind bereit

# Ein starkes Team

Die letzte, die heisse Phase des Wahlkampfes, beginnt. In knapp drei Monaten wissen wir, wer wieder und wer neu im Bundeshaus Platz nehmen darf. Bis es soweit ist, gilt es trotz guten Prognosen mit vollem Einsatz für jede einzelne Stimme zu kämpfen. Die über 250 Kandidierenden der FDP stehen in den Startlöchern.

### Vincenzo Pedrazzini, Wahlkampfleiter

Die 25 Kantonalparteien der FDP haben ganze Arbeit geleistet und sich und ihre Kandidierenden für die Wahlen startklar gemacht. Zu Redaktionsschluss dieser Ausgabe treten über 250 Kandidatinnen und Kandidaten für die FDP an. In einigen Kantonen laufen noch Abklärungen, ob weitere Listen und Kandidierende hinzukommen. Es ist ein motiviertes und engagiertes Team, das sich zur Wahl stellt.

### Unterstützung durch Zusatzlisten

Auch gibt es Kantone, die mit mehreren Listen für die FDP antreten: In Basel-Stadt sind es neben der Stammliste noch je eine Liste der Frauen und der Jungfreisinnigen. Zudem stellen sich auch fünf Kandidaten auf einer Liste 55+ zur Wahl. In Graubünden und Solothurn stellt die FDP zwei vollständige Listen. Im Kanton St. Gallen unterstützen die Umweltliberalen den Wahlkampf mit einer eigenen Liste. Auch in der Romandie treten wir mit mehreren Listen an, im Wallis mit der Liste «Ecologie» und in der Waadt mit der Liste «Innovation». Die FDP Schwyz stellt zusätzlich zur Hauptliste noch zwei Unternehmerlisten auf.

Auch die Jungfreisinnigen, die FDP Frauen und die FDP International engagieren sich bei den Wahlen mit vollem Einsatz. Die Jungfreisinnigen treten mit über 200 Kandidatinnen und Kandidaten auf 24 Listen an. Der Anteil der Frauen auf unseren Listen war nur 2003 höher. Ausgerichtet primär auf die Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer unterstützt die FDP International gezielt Kandidierende, die sich besonders für die 5. Schweiz einsetzen.

### Aus allen Bevölkerungsschichten

Ein Überblick über unsere Kandidatinnen und Kandidaten zeigt das breite und vielseitige Spektrum der FDP-Familie. Während bei den Jungfreisinnigen Kandidaten antreten, die erst im Wahlkampf volljährig werden, nimmt die älteste Kandidatin das 74. Altersjahr in Angriff. Auch hinsichtlich des beruflichen Engagements präsentieren die Kandidierenden alle möglichen Richtungen: Es kandidieren Unternehmerinnen, Manager, Kindergärtnerinnen, Landwirte, Juristinnen, Architekten, Holzbauzeich-

nerinnen, Krankenschwestern, Carrosseriemeister und weitere mehr.

Ganz im Sinne des Wertes «Gemeinsinn» engagieren sich die Kandidatinnen und Kandidaten in vielseitiger Art und Weise für ihr Umfeld und ihre Gemeinde. Neben dem politischen Engagement setzen sie sich ein für Kinder, ältere Mitmenschen, sind im Jodler- oder Sportclub aktiv oder organisieren Wandertouren. Unsere Kandidierenden verkörpern die Werte und Themen der FDP und stehen an vorderster Front für unsere Politik ein. Sie sind das perfekte Beispiel dafür, Verantwortung zu übernehmen.



Vincenzo Pedrazzini

### Originelle Ideen und vielseitiges Engagement

Für unsere Kandidatinnen und Kandidaten beginnt der Wahlkampf nicht erst wenige Wochen vor der Wahl. Bereits seit Mitte Juni sind die Kandidierenden voller Engagement und Originalität aktiv. Im Kanton Aargau nahm die FDP mit einem eigenen Team am Gigathlon teil, im Kanton Bern wurden fast 2000 Wasserbälle verteilt und sind nun in der Aare und in den Schwimmbädern zu sehen. Der Luzerner Ständeratskandidat Damian



Das Müller-Mobil von Ständeratskandidat Damian Müller zieht im ganzen Kanton Luzern viele Leute an, hier zum Beispiel in Gettnau.

Müller tourt mit dem Müller-Mobil durch den Kanton, im Wallis führt Nationalratskandidat Philippe Nantermod regelmässige Flashmobs durch. Die Basler Kandidaten eröffneten ihren Wahlkampf mit einem Fest beim lokalen Bierbrauer, die Jungfreisinnigen des Kantons Zürich belegten mit ihrem aufblasbaren Bundeshaus gleich den Hauptbahnhof.

Dies sind nur einige Beispiele aus dem Wahlkampf aus der ganzen Schweiz. Und sie machen uns neugierig auf das, was nach den Sommerferien auf uns zukommt. Von Schaffhausen bis Lausanne, von Chur bis Birmfeld finden ab Mitte August im ganzen Land Tage der FDP mit der Bevölkerung statt. Neben diesen Festen für die ganze Familie steigen diverse weitere Veranstaltungen. Da sind die klassischen Standaktionen in den Städten und Dörfern, aber auch gesellige Grillabende, gemeinsame Ausflüge oder Podiumsdiskussionen. Einen Überblick über die Veranstaltungen finden Sie auf [www.fdp.ch](http://www.fdp.ch) in unserer Rubrik Wahlen oder auf den jeweiligen Seiten der Kantonalparteien.



Das Gigathlon-Team der FDP Aargau bereitet sich mit grossem Einsatz auf das sportliche Highlight vor.



### Nationaler Wahlkampf

Die Bestrebungen der kantonalen Kandidierenden und der Wahlstäbe werden durch die nationale Dachkampagne unterstützt. Die FDP Schweiz wird darin aufzeigen, wie das Erfolgsmodell Schweiz nicht nur erhalten, sondern weiterentwickelt werden kann, damit wir den grossen Herausforderungen der Zeit begegnen können. Die sachliche, auf realisierbare, liberale und fortschrittliche Lösung ausgerichtete Politik darf im Wahlkampf nicht zu Gunsten von persönlichen Wahlzielen zurückgestellt werden. Die FDP-Fraktion in Bern wie auch die zahlreichen Vertreterinnen und Vertreter in den kantonalen und kommunalen Parlamenten und Regierungen setzen sich weiterhin für einen liberalen, wettbewerbsfähigen, eigenständigen und erfolgreichen Werk- und Finanzplatz Schweiz ein. Auf nationaler Ebene stehen in der Herbstsession wichtige Themen an, bei denen es um nichts weniger als die Zukunft des Erfolgsmodells Schweiz geht.

Einen wichtigen Beitrag leisten dabei auch unsere beiden Bundesräte.

Johann Schneider-Ammann kämpft an vorderster Front gegen den Fachkräftemangel und die Auswirkungen der Aufhebung des Euro-Mindestkurses. Didier Burkhalter's Einsatz ist es zu verdanken, dass die Verhandlungen der Schweiz mit der EU wieder vorankommen. Neben den Sachthemen sind unsere beiden Bundesräte auch viel im Volk unterwegs, sprechen beispielsweise am 1. August gleich mehrfach zur Bevölkerung. Auch an zahlreichen Tagen der FDP werden sie mit der Basis in direkten Kontakt treten.

### Voller Vorfreude und mit Motivation

Die letzten knapp 3 Monate vor den Wahlen nimmt die FDP mit Vorfreude und Motivation in Angriff. Eine positive Stimmung ist bei den Kandidierenden ebenso spürbar wie in der Basis. Nun gilt es, diesen Schwung bis zu den Wahlen weiter zu ziehen. Mit solch engagierten Kandidierenden, Helfern und Unterstützern sind wir überzeugt, der Schweiz einen spannenden, offenen und engagierten Wahlkampf liefern zu können.

### Mobilisierung

# Das A und O der Kampagne

Bereits seit den letzten Wahlen ist für die FDP klar, wo wir im Herbst 2015 ansetzen müssen, um am 18. Oktober zu den Siegern zu gehören: A und O ist unsere interne Mobilisierung. Nur wenn es uns gelingt, unsere Mitglieder und Sympathisantinnen und Sympathisanten an die Urne zu bekommen, werden wir unser Ziel erreichen können. Helfen Sie uns dabei.

**Philippe Miauton,  
Mitglied Wahlkampfteam,  
Verantwortlicher Romandie**

Werden Sie an den nationalen Wahlen 2015 teilnehmen? Wenn Sie diese Frage mit einem eindeutigen «Ja» beantworten, gehören Sie aktuell leider noch zu einer Minderheit der FDP-Sympathisanten. Dies zu ändern, ist unser erklärtes Ziel bis im Oktober.

Wir verfügen über ein sehr grosses Potenzial an Wählerinnen und Wählern, sei dies in unserem Mitgliederstamm oder bei Personen, welche mit unserer Partei sympathisieren. Wir müssen alles dafür tun, dass diese Personen am 18. Oktober ihr Recht wahrnehmen und auch tatsächlich (und natürlich FDP) wählen.

### **Persönliche Überzeugungsarbeit**

Mobilisieren und das persönliche Umfeld von der Wichtigkeit der Wahlen überzeugen kann und soll jeder und jede Einzelne. Die persönliche Überzeugungsarbeit ist es denn auch, was am besten und nachhaltigsten wirkt. Allen unseren Mitgliedern muss bewusst sein, wie richtungsweisend und entscheidend diese Wahlen für die Zukunft des Erfolgsmodells Schweiz sind. Die FDP und damit eine liberale, freiheitliche und fortschrittliche Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung sind auf jede Stimme angewiesen.

In der Vergangenheit war die Mobilisierung der eigenen Basis leider nicht unsere Stärke. Dies müssen und können wir ändern. Doch dafür brauchen wir Ihre Hilfe und Unterstützung. Sprechen Sie mit Ihrem Umfeld über die Wahlen und betonen Sie die Bedeutung und Wichtigkeit der Stimmabgabe. Damit können Sie schon heute beginnen. Wie Sie dem Bericht unseres Wahlkampfleiters Vincenzo



Philippe Miauton, responsable pour la campagne romande des élections fédérales.

Pedrazzini entnehmen können, hat der Wahlkampf in den Kantonen bereits begonnen. Durch Ihren Besuch an den Aktionen der Kandidatinnen und Kandidaten zeigen Sie nicht nur Ihre

Unterstützung, sondern geben auch gegen aussen ein wichtiges Statement ab. Erzählen Sie Ihrem Umfeld davon, und berichten Sie darüber in Leserbriefen oder in den sozialen Medien.

### **Gefahr des Panaschierens**

Ein weiterer wichtiger Aspekt beim Mobilisieren ist, unseren Wählerinnen und Wählern die Gefahren des Panaschierens aufzuzeigen. FDP-Wähler gehören leider zum panaschierfreudigen Teil der Wahlbevölkerung. Doch jedes Panaschieren schadet der FDP empfindlich. Beim Panaschieren wird ein Kandidierender einer anderen Partei auf die FDP-Liste anstelle eines FDP-Kandidaten aufgeführt.

Damit wir unser Ziel – zweitstärkste Partei der Schweiz zu werden – erreichen können, brauchen wir in den Proporzahlen möglichst viele Listenstimmen. Für jeden Kandidierenden einer anderen Partei, welcher auf unsere Listen geschrieben wird, verlieren wir wichtige, wenn nicht sogar entscheidende Listenstimmen. In der Endabrechnung können es genau diese Panaschierstimmen sein, welche uns Sitze kosten.

Es ist daher entscheidend, den Wählerinnen und Wählern klar zu machen, dass Kandidierende anderer Parteien auf den FDP-Listen schaden können. Kummulieren (doppeltes Aufführen einzelner FDP-Kandidatinnen und Kandidaten) ist natürlich in Ordnung. Doch vor dem Panaschieren sei gewarnt.

### **Werden Sie zum Wahlhelfer und zur Wahlhelferin**

Mobilisieren kann und soll jeder und jede. Helfen auch Sie mit, und werden Sie zum Wahlhelfer oder zur Wahlhelferin. Dazu braucht es nicht viel. Reden Sie mit Ihrem Umfeld über die Wahlen, kommen Sie am 22. August an den «Tag der FDP» in Sursee LU, und vor allem – nehmen Sie selber Ihr Wahlrecht wahr und wählen Sie am 18. Oktober FDP – aus Liebe zur Schweiz.

## Bürokratieabbau

# Der Anti-Bürokratie-Briefkasten

Bürokratie ärgert uns Liberale. Der Kampf gegen die Bürokratie ist ein Markenzeichen der FDP. Mit unserem Anti-Bürokratie-Briefkasten geben wir unseren Wählern seit Februar die Gelegenheit, ihr Ärgernis direkt bei uns in Bern zu deponieren. In einigen Fällen konnten wir auf Grund solcher Beschwerden Vorstösse im Parlament einreichen und uns als Anti-Bürokratie-Anwälte von Herrn und Frau Schweizer profilieren. Die FDP freut sich daher weiter über die Beschwerden aus dem Bürokratie-Alltag ihrer Wählerinnen und Wähler.

## Andrea Caroni, Nationalrat AR

Unnötige Verbote, viel zu komplizierte oder ineffiziente Verfahren, übermässige Regulierung, Bevormundung: Bürokratie ist uns Liberalen ein Dorn im Auge. Sie verhindert und behindert Unternehmertum, Eigenverantwortung und Innovation. Oder sie ist einfach nur mühsam und kostet Geld, Zeit und Nerven. Der Kampf gegen die Bürokratie ist zwar kein Kampf gegen Windmühlen, denn das Problem der Bürokratie ist leider nur allzu real – im Unterschied zu den Riesen, welche sich Cervantes Don Quijote nur einbildete. Der Kampf gegen die Bürokratie ist aber eine mühsame Arbeit, welche fortlaufend und auch im Kleinen geführt werden muss. Kleinvieh macht eben auch Mist. Schliesslich kommt die Bürokratie auch in einer Vielzahl von Gesetzen und Verordnungen auf allen Stufen des Staates daher.

Die FDP hat deshalb seit Februar dieses Jahres auf ihrer Anti-Bürokratie-Homepage (abrufbar unter [www.anti-buerokratie.ch](http://www.anti-buerokratie.ch)) einen Briefkasten für Bürokratie-Beschwerden eingerichtet. Hier darf sich jeder Luft verschaffen, der unter sinnlosen Regulierungen leidet. Die Bandbreite der Beschwerden, welche uns über den Bürokratie-Briefkasten erreichen, ist gross: Ein Vater beklagt den «Bürokratie-Wahnsinn» des Jugendamtes in Bern, welches zur Beurteilung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit für die Zuteilung von Betreuungsgutachten für Kindertagesstätten ein 50-seitiges Dossier einfordert. Ein zweiter Vater beschwert sich über den Aufwand in Sachen Vaterschaftser-



Andrea Caroni

klärung im Kanton Zürich, wo er für jedes Kind aufs Neue zur Rechtsbelehrung antraben muss – natürlich gegen Gebühr. Eine Unternehmerin wundert sich, weshalb importierte Fahrzeuge

mit europäischer Zulassung in der Schweiz nochmals eine Typenprüfung brauchen. Ein Pharmaunternehmer kritisiert die unnötig langen und komplizierten Zulassungsverfahren bei

Swissmedic, selbst bei kleinsten Änderungen oder für Medikamente, welche bereits in einem äquivalenten Zulassungssystem (USA, EU) in Gebrauch sind. Und dann ist da das «Buch von 130 Seiten», welches ein Bauingenieur für den Energienachweis eines kleineren Industriebaus einreichen musste, oder der Ärger, den sich eine Kleinunternehmerin mit den komplizierten und wenig benutzerfreundlichen Formularen der SPIT-EX-Statistik des Bundes einhandelt.

Was macht die FDP mit diesen Beschwerden? Der Anti-Bürokratie-Briefkasten wirkt wie eine Alarmglocke gegen die Ärgernisse, die unseren Wählern im Alltag widerfahren. Rund ein Drittel der Beschwerden betreffen die Kantone und werden entsprechend weitergeleitet. In den übrigen Fällen überprüfen wir, ob sich ein Vorstoss im Parlament lohnt. Wir gehen dabei durchaus kritisch und sorgfältig vor, denn ein Vorstoss führt ja zunächst einmal selbst zu mehr Bürokratie, wenn die Verwaltung ihn bearbeiten muss. Bereits fünf Vorstösse haben wir so im Parlament eingebracht, von denen wir uns einen konkreten Nutzen für die Probleme erhoffen, welche unsere Wähler im Bürokratie-Briefkasten deponiert haben.

Wuchernde Bürokratie ist eine Begleiterscheinung unserer modernen Gesellschaft. Umso wichtiger ist es, dass die FDP als liberale Partei konsequent und auf allen Ebenen des Staates für schlanke Verfahren, für gesunden Menschenverstand, für Eigenverantwortung und gegen unsinnige Bürokratie antritt. Wir freuen uns bereits auf Ihre Anti-Bürokratie-Hinweise.

Unsere drei Werte

## Fortschritt statt Stillstand

Fortschritt ist das Resultat eines erfolgreichen Zusammenspiels von Bildung, Infrastruktur und Unternehmertum. FDP. Die Liberalen setzt sich ein für hervorragende Rahmen- und Förderbedingungen für jeden einzelnen dieser Aspekte. Denn nur durch einen ganzheitlichen Einsatz greifen die Zahnräder ineinander, und wir sichern die Position der Schweiz an der Weltspitze der wettbewerbsfähigsten Staaten.

### Petra Gössi, Nationalrätin SZ

Damit ein Uhrwerk funktioniert, müssen alle Räder drehen. Funktioniert ein Rad nicht, bleibt die Uhr stehen. Es herrscht Stillstand. Im realen Leben bedeutet Stillstand gar Rückschritt. Die Zeiger beginnen, sich zurückzudrehen.

Genau das wollen wir verhindern. Die Schweiz als erfolgreicher Wirtschaftsstandort ist auf solide Grundlagen für Bildung und Forschung und die funktionierenden Infrastrukturen angewiesen. Sie alle schaffen die Rahmenbedingungen für Unternehmen und halten das Uhrwerk am Laufen. Nur wenn alle Zahnräder ineinandergreifen und kein Sand im Getriebe ist,



Petra Gössi

erhalten wir das Erfolgsmodell Schweiz.

### Bildungsstandort Schweiz

Bildung, Forschung und Innovation sind eng miteinander verbunden. Die Schweiz positioniert sich im internationalen Standortwettbewerb durch ein hervorragendes Bildungssystem, welches nicht nur Akademiker, sondern Fachkräfte aller Stufen fördert. Die Berufsbildung als eine tragende Säule unseres Bildungssystems ist nicht nur verantwortlich für die im internationalen Vergleich sehr geringe Jugendarbeitslosigkeit, sondern bildet auch für unsere Wirtschaft notwendige Arbeitskräfte aus. Gleichzeitig überzeugen unsere erstklassigen

Hochschulen und Forschungseinrichtungen durch ihren wichtigen wissenschaftlichen Beitrag, von der Grundlagenforschung bis hin zu der angewandten Forschung. Dadurch sind sie eine für unsere Unternehmen wichtige Quelle der Innovation. Mit dem Ziel, das beste Bildungssystem der Welt zu garantieren, setzt die FDP auf die Qualität des Angebots und die Leistungsbereitschaft aller Beteiligten auf allen Stufen.

### Infrastruktur

Infrastrukturen sind das Fundament einer blühenden Wirtschaft und einer gut funktionierenden Gesellschaft. Insbesondere die Verkehrsinfrastruktur steht im Kontext wachsender Pend-

## Wettbewerb der Ortsparteien

### Politik macht Schule

Mit ihrem Projekt will die FDP Aarau eine Grundlage für zukünftige Gemeindepolitiker schaffen, indem Jugendliche im schulischen Umfeld näher an die Politik herangeführt werden. Das Projekt soll eine Lücke in der politischen Bildung füllen. Zusammen mit dem Zentrum für Demokratie wird nun erarbeitet, wie das Projekt an den Schulen im Kanton Aargau umgesetzt werden kann. «Dank grossem persönlichem Einsatz konnten wir sowohl Schulen wie auch andere Parteien für das Projekt gewinnen», so Projektleiter Pascal Benz.

### Wie wollen Sie im Alter leben?

Mittels Umfragen bei der Bevölkerung untersuchten die FDP Uzwil und die



Persönliche Befragung der Bevölkerung am Wochenmarkt in Uzwil und Niederuzwil durch die FDP.

FDP Niederuzwil die Bedürfnisse und Wünsche für das Wohnen im Alter.

Daraus resultieren bereits die ersten Vorstösse und Erfolge. Ein wichtiger

Beitrag für die generationenübergreifende Zukunft der Gemeinden.

### FDP Veyrier

Ein fortschrittliches Reglement und fortschrittliche Arbeitsbedingungen für die Gemeindeangestellten waren das Ziel der FDP Veyrier in Genf. Mit Erfolg sorgte die FDP Veyrier dafür, dass das Gemeindepersonal nun in einem öffentlich-rechtlichen Verhältnis angestellt ist. Dank klarer Überzeugungsarbeit und guten Argumenten stimmten auch die betroffenen Angestellten dem Vorschlag der FDP Veyrier zu. «Wir konnten beweisen, dass es auch im Service Public möglich ist, Selbstverantwortung einzuführen», sagt Freddy Santschi, Präsident der FDP Veyrier.

lerströme, überfüllter Züge und zunehmenden Stauaufkommen, vor grossen Herausforderungen. Ohne dem steigenden Finanzierungsbedarf für Neubau, Ausbau und Unterhalt wohlüberlegt nachzukommen, riskieren wir, unsere Spitzenposition zu verlieren. Auch im Kommunikationssektor sind Investitionen in Infrastrukturprojekte wie den Ausbau der Glasfasernetze oder der neusten Mobilfunktechnologien unumgänglich, um die Entwicklungen des digitalen Zeitalters nicht zu verpassen. Denn nur indem wir heute Infrastrukturprojekte fördern, kann die Schweiz auch morgen durch eine optimale Infrastruktur in Mobilität und Kommunikation überzeugen.

#### Unternehmensfreundlichkeit

Die Schweiz ist einer der attraktivsten Wirtschaftsstandorte der Welt. Nicht nur die geografische Lage, das hohe Bildungsniveau oder die gute Infrastruktur, sondern insbesondere auch eine liberale Gesetzgebung macht sie besonders attraktiv für Gründungen und Weiterentwicklung eines Unternehmens. Damit der Wettbewerb spielt, Investitionen getätigt werden und Unternehmertum sich lohnt, bedarf es eines unternehmerfreundlichen Umfelds. Gerade im Kontext des starken Frankens braucht die Schweiz liberale Rezepte. Die FDP setzt sich ein für einen Abbau der Bürokratie und weniger Regulierungswut, aber auch tiefere Steuern und Gebühren. Das schafft Arbeitsplätze und fördert den Unternehmertegeist.

#### Ganzheitlicher Einsatz

Dank Fortschritt und Innovation ist die Schweiz zu dem geworden, was sie heute ist: ein Erfolgsmodell. Nur indem wir die bestmöglichen Rahmenbedingungen für Wirtschaft und Gesellschaft schaffen, sichern wir der Schweiz den Titel der Innovationsmeisterin. Die FDP versteht sich dabei als Rad, das Fortschritt und Innovation antreibt und voranbringt. Ob durch unseren Einsatz für unser Forschungs- und Ausbildungssystem, für Infrastrukturprojekte oder die Förderung des Unternehmertums: Wir schaffen die Grundlagen für einen erfolgreichen Wirtschaftsstandort – aus Liebe zur Schweiz.

**FDP**  
Die Liberalen

# Fortschritt!



**Nur Fortschritt sichert langfristig Arbeitsplätze und Wohlstand. Dafür brauchen wir Wettbewerb, Investitionen und innovative Unternehmen. Wir schaffen optimale Voraussetzungen mit hervorragender Bildung, Forschung und Infrastruktur.**

## Stillstand bedeutet Rückschritt!

**Freiheit, Gemeinsinn und Fortschritt – aus Liebe zur Schweiz.**

[f/fdp.dieliberalen](https://www.facebook.com/fdp.dieliberalen)

[@FDP\\_Liberalen](https://twitter.com/FDP_Liberalen)

[www.fdp.ch](http://www.fdp.ch) - [info@fdp.ch](mailto:info@fdp.ch) - PC 30-1141-9

Didier Burkhalter

# Die Weichen richtig stellen

### Liebe Freisinnige

2015 ist ein wichtiges Jahr. Es ist ein Jahr, in dem Weichen gestellt werden: Die Welt wird sich diesen Herbst neue Entwicklungs- und Nachhaltigkeitsziele für die kommenden Generationen vorgeben. Ende Jahr wird sich die internationale Gemeinschaft zu einem Klimagipfel in Paris treffen, an dem es darum gehen wird, den Treibhausgasausstoss zu senken, um die globale Temperatur auf der Erde auch für unsere Kinder und Kindeskiner erträglich zu gestalten.

Auch in der Schweiz werden dieses Jahr Weichen gestellt. Einerseits anlässlich der eidgenössischen Wahlen im Herbst. Andererseits geht es in diesem Jahr auch darum, die Weichen für unser künftiges Verhältnis zur EU – mit der die Schweiz jeden Werktag ein Handelsvolumen im Umfang von 1 Milliarde Franken erzielt – zu definieren.

Nach dem 9. Februar 2014 sei die Schweiz angeblich gespalten gewesen. Es liegt in unserer politischen Verantwortung zu zeigen, dass die Zukunft des Landes in der Einheit und in der Kohärenz liegt. Dazu setzt der Bundesrat den Volkswillen um, er will die Zuwanderung besser kontrollieren und den bilateralen Weg stärken.

Ende Juni hat der Bundesrat die verschiedenen Optionen diskutiert, die auf dem Tisch liegen und beschlossen, im nächsten Schritt diese Optionen zu vertiefen und zu erweitern, indem wir unsere Nachbarstaaten verstärkt involvieren. Denn diese haben aufgrund des regen wirtschaftlichen und menschlichen Austauschs mit unserem Land ein eigenes Interesse daran, die ausgezeichneten Beziehungen zwischen der Schweiz und der EU aufrechtzuerhalten.

Gleichzeitig geht es nun auch darum, die laufenden Verhandlungen zu beschleunigen. Dazu hat der Bundesrat beschlossen, eine Verhandlungsstruktur zu schaffen, in der ein Chefunterhändler die Koordination



Didier Burkhalter

sämtlicher Dossiers sicherstellt. Dies auch deshalb, weil im Grunde sämtliche Fragen zum Verhältnis zwischen unserem Land und der EU verknüpft sind.

So wird eine Lösung für die Personenfreizügigkeit auch eine Lösung für Kroatien enthalten müssen; und von dieser hängen die Verhandlungen zu den institutionellen Fragen ab. Dieser institutionelle Rahmen wird seinerseits entscheidend für neue Abkommen sein, beispielsweise in den Bereichen Strom oder Finanzmärkte. Die Lösung für die Personenfreizügigkeit muss auch die volle Teilnahme der Schweiz an europäischen Forschungs- und Förderprogrammen garantieren, was im Interesse der Schweiz, aber auch, angesichts der ausgezeichneten Qualität der hiesigen Forschungsinstitutionen, im Interesse des Kontinents ist.

Schliesslich hängt auch die Erneuerung des Erweiterungsbeitrags an die EU durch die Schweiz vom Ausgang der Diskussionen über die Personenfreizügigkeit ab.

Diesen Sommer wird der Bundesrat die neue Verhandlungsstruktur verabschieden und vorstellen, diesen Herbst werden die verschiedenen, vertieften Optionen in Bezug auf die Personenfreizügigkeit auf dem Tisch liegen und im Frühjahr 2016 wird der Bundesrat seine Vorschläge dem Parlament unterbreiten.

Mit dieser Herangehensweise wollen wir gleichzeitig Wohlstand und Unabhängigkeit unseres Landes sichern, ohne eines zugunsten des anderen opfern zu müssen. Wir haben dieses Jahr die Gelegenheit, wichtige Weichen für die Zukunft unseres Landes und unseres Planeten zu stellen. Das tun wir, indem die Schweiz, genau in schwierigen Fragen, zeigt, wie stark sie ist, wenn sie kohärent verhandelt. Nutzen wir diese Chance! Mit Freiheit, Gemeinsinn und für den Fortschritt.

**Ihr Didier Burkhalter,  
Bundesrat**

22. August 2015

# Machen Sie mit am Tag der FDP 2015!

Am 22. August wird die Schweiz nach Sursee schauen. Sie entscheiden mit, was die Medien und die Bevölkerung dann sehen wird. Helfen Sie uns, der Schweiz zu beweisen, dass die FDP mobilisieren kann. Werden Sie Teil unseres grossen Wahlkampfauftakts in Sursee. Melden Sie sich noch heute an!

## Was erwartet Sie?

Wir haben uns natürlich auch dieses Jahr wieder einiges einfallen lassen, damit der Tag der FDP 2015 ein unvergessliches Familienerlebnis wird. Neben einem spannenden Festakt erwartet Sie am Nachmittag ein grosses Volksfest. Natürlich gibt es auch dieses Jahr wieder viele Kinderaktivitäten, wie zum Beispiel eine Hüpfburg oder eine Schminkecke. Die Erwachsenen erwarten neben verschiedenen Essensständen das Jodlerchörli Oberkirch und der für politische Satire und Imitationen bekannte Comedian Fabian Unteregger.



Treffen Sie am Tag der FDP Gleichgesinnte aus der ganzen Schweiz.

## Kommen Sie gemeinsam!

Das liberale Feuer brennt in der heissen Phase des Wahlkampfs umso stärker. Lassen Sie sich begeistern und engagieren Sie sich, damit die FDP die zweitstärkste Partei wird.

Machen Sie den Ausflug zum Tag der FDP zu einem Ereignis der ganzen Ortspartei, und reisen Sie gemeinsam nach Sursee. Ihre Orts- und Kantonalpartei gibt Ihnen gerne Auskunft über die gemeinsame Anreise.

## Das liberale Feuer entfacht!

Am Tag der FDP im September 2014 konnten die Bundesräte Johann Schneider-Ammann und Didier Burkhalter sowie Parteipräsident Philipp Müller erfolgreich den eidgenössischen Wahlkampf anfeuern – mit der Entfachtung des liberalen Feuers. Rund 1200 FDP-Mitglieder und -Sympathisanten kamen zu diesem Anlass, haben sich von der guten Stimmung anstecken lassen und das liberale Feuer in ihre Kantone getragen.

Wie wir jetzt sehen können, ist der Funke bis in die Basis übergesprungen, und der Wahlkampf für die eidgenössischen Wahlen läuft auf Hochtouren. Das stimmt uns zuversichtlich, dass wir unser gemeinsames Ziel, die zweitstärkste Partei der Schweiz zu werden, erreichen werden.



Am Tag der FDP 2015 warten wiederum viele Attraktionen auf die Gäste.

## Melden Sie sich jetzt an!

Zögern Sie nicht, melden Sie sich noch heute an! Das geht am einfachsten über unsere Website:

**[www.tag-der-fdp.ch](http://www.tag-der-fdp.ch)** oder  
per E-Mail an **[schaller@fdp.ch](mailto:schaller@fdp.ch)**.

## Treffen Sie unsere Bundesräte und die Kandidierenden!

Unsere beiden Bundesräte, Johann Schneider-Ammann und Didier Burkhalter, werden am Tag der FDP anwesend sein und freuen sich auf spannende Begegnungen mit Ihnen. Ausserdem hat sich der Grossteil unserer nationalen Kandidatinnen und Kandidaten angekündigt. Nutzen Sie die Chance, bisherige und neue Kandidierende kennen zu lernen, ihnen Ihre Fragen zu stellen und ihnen für den Wahlkampf persönlich Glück zu wünschen.

Heiratsstrafe

# Nein zur Scheinlösung bei der Heiratsstrafe

Die FDP lehnt die CVP-Volksinitiative «Für Ehe und Familie – gegen die Heiratsstrafe» ab. Für uns ist entscheidend, dass durch das Steuersystem nicht einzelne Lebensformen bevorzugt werden. Die Initiative will hingegen alternative Besteuerungsformen, insbesondere die Individualbesteuerung, verhindern und eine nichtzeitgemässe Definition der Ehe in der Verfassung verankern. Dies schadet mehr, als dass es nützt.

**Philipp Müller, Nationalrat AG und Präsident FDP.Die Liberalen**

Ehepaare mit zwei Einkommen sind heute in gewissen Fällen steuerlich benachteiligt. Sie bezahlen mit Gemeinschaftsbesteuerung und Progression mehr als unverheiratete Paare in vergleichbarer Lebenssituation. Zum Teil hält dies einen Ehepartner gar vom Arbeiten ab, da es sich steuerlich nicht lohnt. Die Steuergesetzgebung muss aber Erwerbsarbeit fördern und nicht bestrafen. Zudem soll jede Person nach ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit besteuert werden und frei über ihre Lebensform entscheiden können. Der Staat darf nicht durch steuerliche Anreize einzelne Lebensformen bevorzugen.

Bei der AHV entpuppt sich die Heiratsstrafe gemäss Wortlaut der Initiative bei genauerem Hinsehen als Heiratsbonus. Ehepaare erhalten zwar zusammen nur 150 Prozent der AHV-Rente, während Konkubinatspartner 200 Prozent Rente erhalten. Ehepaare profitieren aber von anderen Vorteilen, welche unverheirateten Paaren vorenthalten bleiben. Unter diese Vorteile fallen insbesondere die Beitragsbefreiung des nicht erwerbstätigen Ehepartners während der Ehe oder die Witwenrenten. Durch die Beitragsbefreiung können Ehepaare eine halbe bis eine ganze zusätzliche Rente auslösen, ohne dass der Empfänger oder die Empfängerin je zur Finanzierung der AHV beigetragen hat. Dies gilt übrigens auch, wenn das Paar keine Kinder grosszieht. Ausserdem profitieren Ehepaare von der Witwen-/Witwerrente. Diese wirkt wie eine zusätzliche kos-



Philipp Müller.

tenlose Versicherung, welche sonst zu Marktpreisen abgeschlossen werden müsste. Unter dem Strich haben Ehepaare zwar einen finanziellen Nachteil von rund 1,7 Milliarden Franken aufgrund der Plafonierung der Rente bei 150 Prozent. Dem steht jedoch ein Vorteil von 3 Milliarden Franken aus der Beitragsbefreiung und der Witwen-/Witwerrente gegenüber.

Die FDP verlangt, dass jeder individuell nach seiner wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit besteuert wird und dass sich Arbeit immer lohnt. Dafür muss der Bundesrat dem Parlament endlich eine wirksame Steuerreform ohne Diskriminierung einzelner Lebensformen vorlegen. Das Parlament selber sollte danach eine mehrheitsfähige Lösung beschliessen.

Die Initiative der CVP ist nur heisse Luft. Die Verfassungsnorm stellt nur leere Worte dar, verzögert aber den Prozess, bringt eine unnütze Definition der Ehe und versperrt den Weg zu alternativen Besteuerungsformen. Die FDP hat sich immer für eine Individualbesteuerung eingesetzt. Sie ist die einzige wirklich gerechte Besteuerungsform. Wir sperren uns aber auch nicht gegen andere Besteuerungsmodelle auf Gesetzesebene, solange diese nicht gewisse Lebensformen diskriminieren und die Erwerbstätigkeit fördern.

Die Scheinlösung der Initiative «Für Ehe und Familie – gegen die Heiratsstrafe» lehnt die FDP ab. Diese zu Wahlzwecken lancierte Initiative ist nur Schall und Rauch, verhindert alternative Besteuerungsformen und verzögert den Prozess.

Pour des solutions axées sur les intérêts des expatriés

## Agir pour la «Cinquième Suisse»

Le PLR International, section internationale du PLR.Les Libéraux-Radicaux Suisse, défend non seulement les bilatérales mais aussi les intérêts des 730 000 suisses expatriés, parmi lesquels plus de 140 000 exercent leur droit de vote. Le PLR International propose donc plusieurs mesures pour plus de liberté, de cohésion et d'innovation.

**François Baur,**  
Président du PLR International

En accord avec les 3 valeurs-clés du PLR.Les Libéraux-Radicaux Suisse, le PLR. International défend en premier lieu la liberté. Il n'y aurait pas de liberté possible pour les suisses de l'étranger sans l'ouverture, la tolérance, la solidarité ou encore la confiance et la responsabilité individuelle de chacun. Au nom de cette valeur essentielle, les membres du PLR International partagent l'idée d'une Suisse ouverte au monde.

Le PLR International veut mettre en avant l'importance réciproque du contact de la Suisse avec ses expatriés. Il est nécessaire de développer au maximum les démarches déjà entreprises dans ce domaine. Des liens plus denses entre la Suisse et ses expatriés permettent de renforcer la crédibilité de la «Cinquième Suisse» et de revaloriser une cohésion, dont nous sommes fiers.

L'image d'une «Cinquième Suisse» caractérisée par sa performance est essentielle. La capacité des suisses de l'étranger à innover sans cesse et à conquérir de nouveaux marchés, en fait des représentants du dynamisme de notre pays. Ils contribuent à la valorisation de notre image internationale: celle d'une Suisse en mouvement, innovante et efficace.

Le PLR. International propose des solutions vraiment axées sur les intérêts des expatriés.

Nous voulons faire entendre la voix politique de la «Cinquième Suisse». Les citoyens expatriés doivent être impliqués dans les décisions politiques, toujours dans un objectif de cohésion. Il faut, de ce fait, mettre à leur disposition les innovations technologiques nécessaires. Il s'agit no-



François Baur

tamment d'une cyberadministration généralisée, pour les services consulaires mais aussi administratifs.

Nous nous engageons pour la promotion de la mobilité internationale. C'est un élément central pour notre place économique, qui s'appuie en partie sur des collaborateurs hautement qualifiés, bénéficiant d'expériences et de réseaux internationaux. La mobilité est un facteur de succès de nos entreprises et participe à la compétitivité de notre pays. Encourageons-là, tout particulièrement dans le contexte économique actuel.

Les relations bilatérales avec l'UE et le libre-échange font aussi partie des principales causes supportées par le PLR International. En tant que nation exportatrice, la Suisse a besoin de mesures favorables aux échanges internationaux, qui représentent plus de cinquante pour cent des revenus de notre pays. Le PLR International considère qu'il est important que le Département fédéral des affaires étrangères (DFAE) réponde aux besoins des citoyens, ainsi que des entreprises, installés à l'étranger.

Enfin, en cette année électorale, le

PLR International fait aussi campagne. Son projet pour l'avenir est de faire de la «Cinquième Suisse» un «27<sup>ème</sup> canton», surtout administratif et politique. Ce n'est pas encore le cas aujourd'hui, le PLR. International a donc pour stratégie de campagne, plutôt que d'avoir une liste propre, de recueillir les soutiens des candidats au Conseil national aux profils les plus internationaux. De cette manière, les intérêts de la «Cinquième Suisse» libérale-radical seront aussi représentés au Conseil national durant la 50<sup>ème</sup> législature.

# FDP

Die Liberalen

---

# Tag der FDP



**22. August 2015**  
**10:15 – 16:00 Uhr**  
**Stadthalle Sursee**

## Programm:

**10:15 Uhr**

**11:00 – 12:15 Uhr**

**12:15 – 16:00 Uhr**

Eröffnung Festareal

Offizieller Festakt

Vielfältige Unterhaltung für Jung und Alt

- Spannender Festakt mit Ansprachen, Talkrunden und vielem mehr
- Siegerehrung Wettbewerb der Ortsparteien
- Viele Attraktionen für Kinder und Erwachsene
- Treffen Sie unsere beiden Bundesräte
- Gemeinsames Mittagessen

**Anmeldung unter: [www.tag-der-fdp.ch](http://www.tag-der-fdp.ch)**

**Freiheit, Gemeinsinn und Fortschritt –  
aus Liebe zur Schweiz.**

---